

KINDER UND WISSEN

JETZT. FÜR MORGEN.



GRUENE-NIEDERSACHSEN.DE

Die umfassende Bildung aller Menschen ist eine Voraussetzung für die ökonomische, soziale und kulturelle Entwicklung unserer Gesellschaft. Wir wollen alle Talente fördern. Dafür brauchen wir einen grundlegenden Umbau unseres Bildungssystems. Ein leistungsfähiges Bildungsangebot gehört zu den bedeutendsten Grundlagen und Voraussetzungen für die Verbesserung der Lebensqualität und die Förderung von Beschäftigung.

In keiner anderen Industrienation hängt der Bildungserfolg so stark von der sozialen Herkunft ab wie in Deutschland. Eltern haben die herausragende Verantwortung für die Entwicklung der Kinder vom Tag ihrer Geburt an. Wir wollen sie in dieser Rolle stärken. Wir wollen alle Talente fördern, denn jedes Kind hat ein Recht auf bestmögliche Bildung.

Für unsere Kinder ist uns nichts zu teuer!

Das deutsche Bildungssystem ist im internationalen Vergleich deutlich unterfinanziert. Es sind zusätzliche Mittel notwendig für den Ausbau der frühkindlichen Bildung und die individuelle Förderung aller Schülerinnen und Schüler. Das gilt insbesondere für die Qualifizierung von Personal und die Bereitstellung eines umfassenden Beratungs- und Unterstützungssystems. Zusätzliche Finanzmittel benötigen wir ebenso zur Verbesserung der Studienbedingungen an den Hochschulen.

In den nächsten Jahren werden Haushaltsmittel durch verringerte Schülerzahlen und das Abschaffen des Sitzenbleibens frei. Dieses Geld muss im Bildungsbereich verbleiben und für eine bessere

individuelle Förderung eingesetzt werden. Darüber hinaus wollen wir den Ausgabenanteil für Kindertagesstätten, Schulen und Hochschulen im Landeshaushalt erhöhen.

STARKER START FÜR KLEINE KINDER

Wir wollen die Zahl der Krippenplätze in Niedersachsen dem Bedarf entsprechend erhöhen. Zur Zeit können nur 5 Prozent der Kinder eines Jahrgangs in Krippen betreut werden. Die geringe Versorgungsquote ist ein bildungspolitischer Skandal und weist Niedersachsen im Bundesvergleich als Schlusslicht aus. Fehlende Angebote frühkindlicher Bildung hemmen auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Durch eine bessere Vernetzung von Kitas, Jugendhilfe, Sozial- und Gesundheitsdiensten wollen wir das Risiko der Kindesvernachlässigung minimieren. Nach der Geburt soll ein flächendeckendes Netz von Familienhebammen Eltern unterstützen. Es bedarf eines besseren Bildungsangebots für Eltern, was durch die Weiterentwicklung von Kindertagesstätten zu Familienzentren geschehen kann.

Alle Kinder ab dem vollendeten ersten Lebensjahr sollen einen Rechtsanspruch auf einen ganztägigen Kitaplatz erhalten. Mit einer Mischung aus freien Aktivitäten und altersgerechten Lernangeboten soll hier für alle Kinder, insbesondere auch die



mit Handicap, der Übergang auf die Schule vorbereitet werden. Damit die Kitas den steigenden Anforderungen gerecht werden, ist die Ausbildung der Erzieherinnen und Erzieher auf Hochschulniveau (Bachelor) anzuheben.

Wir wollen zur besseren Einbeziehung von zugewanderten Eltern und Kindern vermehrt Erzieherinnen und Erzieher mit Migrationshintergrund in den Kitas beschäftigen. Dabei wird eine leichtere Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse hilfreich sein.

NEUE SCHULE FÜR NIEDERSACHSEN

Die internationalen Bildungsvergleiche zeigen: Im deutschen Schulsystem werden die Leistungspotenziale der Kinder in der Spitze nicht ausreichend gefördert und in der Breite vernachlässigt. Der größte Skandal ist: Der Erfolg hängt entscheidend von der sozialen Herkunft ab.

Die CDU/FDP-Landesregierung hat die Chancenungleichheit durch die Festigung des "Drei-Klassen-Schulsystems" noch zementiert. Wir setzen uns deshalb für eine Schule ein, in der kein Kind aussortiert wird. Alle Kinder – jene mit sonderpädagogischem Bedarf ebenso wie Hochbegabte – sollen individuell gefördert werden. Unser Leitbild ist die neunjährige gemeinsame Schule, die Neue Schule für Niedersachsen.

Wir wollen die berechtigte Kritik von Bildungsforschung und internationalen Organisationen am selektiven deutschen

Schulsystem aufgreifen und endlich von PISA-Siegerländern wie Finnland oder Kanada lernen.

Neue Lernkultur: ganztags – gemeinsam – gut

Die neunjährige gemeinsame Neue Schule respektiert die Unterschiedlichkeit von Kindern und Jugendlichen und macht diese zum Ausgangspunkt ihrer Arbeit. Hier lernen Kinder anwendungsbezogen und fächerübergreifend. Der Unterricht fördert die sozialen, kreativen und kognitiven Fähigkeiten der Jungen und Mädchen umfassend. Lehrerinnen und Lehrer öffnen die Ausbildung hin zu außerschulischen Lernorten und zum Gemeinwesen.

Schluss mit den Zensuren: Neue Formen zur Dokumentation der Lern- und Leistungsentwicklung mit individueller Diagnose und Beratung sollen die Benotung ersetzen. Die Neue Schule befähigt Schülerinnen und Schüler zum eigenverantwortlichen Lernen, zur Beteiligung an gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen und zum Bewältigen der Anforderungen des Erwerbslebens.

Durch gemeinsames Lernen fördert sie die Entwicklung sozialer und kultureller Werte sowie den Aufbau einer solidarischen Zivilgesellschaft. Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels sichert die Neue Schule Schulstandorte. Es ist kein Zufall, dass in Schleswig-Holstein gerade in ländlichen Regionen gemein-



same Schulen für alle eingerichtet werden. Angesichts sinkender Schülerzahlen ist die Neue Schule vor allem auf dem Lande die Gewähr für den Erhalt eines umfassenden, wohnortnahen Schulangebots.

Neun Jahre gemeinsam

Nach dem Kindergarten besuchen alle Kinder die Neue Schule, die sie in der Regel nach neun Jahren abschließen. Schnelle Lernerinnen und Lerner können die Schule früher beenden, langsamere erhalten mehr Zeit. Die äußere Differenzierung wird abgelöst durch eine Lehr- und Lernkultur, in der die individuelle Lern- und Leistungsentwicklung und Möglichkeiten zur eigenen Schwerpunktsetzung den Schulalltag bestimmen.

Anschließend besuchen die Schülerinnen und Schüler entweder eine neu gestaltete gymnasiale Oberstufe oder machen eine berufliche Ausbildung. Die Oberstufe baut auf den pädagogischen Konzepten der Neuen Schule auf. Sie setzt das Konzept individuellen und gemeinsamen Lernens fort und bereitet auf Studium und Beruf vor.

Der traditionelle Fächerkanon und das Abitur werden an die Erfordernisse einer zukunftsweisenden neuen Lern- und Unterrichtskultur angepasst.

Kleinere Klassen sind zur Erreichung unserer bildungspolitischen Ziele erforderlich. Die Klassenhöchstgrenzen betragen in unserer Neuen Schule zwischen 22 und 25 Schülerinnen und Schüler.

GUTES PRAXISBEISPIEL: IGS FRANZSCHES FELD, BRAUNSCHWEIG – PREISTRÄGER DEUTSCHER SCHULPREIS 2006

Die IGS Franzsches Feld bietet lebendige Anschauung dafür, wie eine humane Leistungsgesellschaft aussehen kann und wie gut es funktioniert, obwohl unterschiedliche, anspruchsvolle Ziele zugleich verfolgt werden: Das Entfalten individueller Fähigkeiten, aber auch Verantwortung für gemeinsame Aufgaben, für Schwächere oder Jüngere, entschiedenes Leistungsstreben, aber auch die Sorge dafür, dass niemand verloren geht, und dass nicht durch die Herkunft über die Zukunft entschieden wird.

Wie das geht? Durch eine ausbalancierte Mischung aus innerer und äußerer Differenzierung, durch lerndiagnostische Begleitung und Förderung, durch regelmäßige Evaluation, durch ausgewogene Arbeitseinheiten. Dazu gehören aber auch die Lehrerinnen- und Lehrerfortbildung, die Partnerschaft mit anderen pädagogischen Expertinnen und Experten und mit Spitzenleuten und Institutionen aus Wirtschaft, Sport, Kunst oder Wissenschaft.

Die IGS Franzsches Feld erscheint auf selbstverständliche und grundlegende Weise leistungsstark und demokratisch.



Nichts Halbes, sondern Ganzes

Niedersächsische Neue Schulen sind Ganztagschulen. Sie bieten mehr Zeit für kreative Lernformen und eine intensivere Förderung aller Schülerinnen und Schüler. Die Ganztagschule gestaltet ein attraktives Schulleben und nutzt neue Medien, öffnet sich zum Gemeinwesen und bezieht vielfältige externe Personengruppen in den Unterricht ein. Sie verbessert die Bildungschancen aller, insbesondere aber für Benachteiligte. Und sie erleichtert den Eltern, Familie und Beruf miteinander zu vereinbaren. Wir wollen deshalb eine verbindliche Kernzeit, zum Beispiel bis 15.00 Uhr.

Es ist in der Verantwortung der jeweiligen Schule einen neuen Tagesrhythmus mit vielfältigen Lern- und Förderangeboten sowie Phasen des eigenverantwortlichen Lernens zu entwickeln. Dazu gehören auch Kunst und Sport sowie selbstverständlich ein gesundes Mittagessen. Jedes Kind soll in den allgemeinbildenden Schulen täglich eine warme Mahlzeit bekommen. Die Schulträger werden bei der nötigen Ausstattung durch ein Investitionsprogramm des Landes unterstützt. Keine Schülerin und kein Schüler darf auf Grund der finanziellen Lage der Eltern vom Mittagessen ausgeschlossen werden.

Verantwortung für das pädagogische Konzept trägt die Schule vor Ort. Eltern, Schülerinnen und Schüler sind eng in diese Entwicklung einzubeziehen. Ein eigenes Budget, ein eigener Stellen-

plan und die Möglichkeit, neue Arbeitszeitmodelle zu kreieren, fällt in die Zuständigkeit der Neuen Schulen, die insoweit auch eigenverantwortliche Schulen sein werden. Allerdings müssen diese öffentlich Rechenschaft über ihre Leistungen ablegen. Die Schulen werden umfassend beraten und unterstützt.

Neue Schulen sind Keimzellen der Demokratie, denn Kinder und Jugendliche gestalten das Schulleben von Anfang an aktiv mit. Eine paritätisch besetzte Schulkonferenz mit vielfältigen Beteiligungsformen gewährleistet, dass alle an der Schule lernenden und arbeitenden Menschen sowie die Eltern an den für sie relevanten Entscheidungen beteiligt sind.

Der Weg zur Neuen Schule

Die Schulen werden schrittweise zu neunjährigen gemeinsamen Neuen Schulen weiterentwickelt. Sie erarbeiten Konzepte, mit denen das Sitzenbleiben und die Abschulung überflüssig werden. Für die Förderung der Kinder wird die personelle Ausstattung in den Schulen ausgebaut.

Wir wollen das "Drei-Klassen-Schulsystem" abschaffen. Bereits ab 2008 können Schulen gemeinsam mit dem Schulträger die Umwandlung in eine neunjährige Neue Schule beantragen. Das derzeitige Schulsystem verhindert eine konsequente Integration von Kindern und Jugendlichen mit besonderem Förderbedarf



in die allgemeinbildenden Schulen. Kinder mit Förderbedarf brauchen die Vorbilder der lernstarken Schüler und Schülerinnen. Um eine möglichst umfassende Beschulung aller Kinder zu erreichen, wird entsprechend geschultes und gut ausgebildetes Personal aus Sonder- und Heilpädagogik sowie Erzieherinnen und Erzieher mit Zusatzqualifikation eingesetzt. Um auch altersübergreifendes Lernen in kleineren Klassenverbänden zu ermöglichen (z.B. von der ersten bis zur dritten Klasse), werden die notwendigen baulichen Voraussetzungen geschaffen.

In Abstimmung mit den kommunalen Schulträgern wollen wir alle Schulen zu erfolgreichen Lernorten nach dem Leitbild der Neuen Schule entwickeln. Weiterführende Schulen der Sekundarstufe I sollen dann alle Abschlüsse anbieten. Das Sitzenbleiben und das Abschulen werden abgeschafft.

Im Rahmen des Umbaus unterstützen wir alle Vorschläge, die geeignet sind, im gegliederten Schulwesen eine neue Schul- und Unterrichtskultur zu verankern, die Entwicklung aller Talente zu fördern und das Ausgrenzen von Schülerinnen und Schülern zu verhindern.

Die Übergangszeit wird genutzt für eine Qualifizierungsoffensive, in der Lehrkräfte und das andere pädagogische Personal auf die Arbeit in einer neuen Lernkultur und besonders auf den Umgang mit der Vielfalt der Schülerschaft vorbereitet werden. Zugleich soll die Lehrerinnen- und Lehrerausbildung entsprechend reformiert werden.

BERUFLICHE BILDUNG

Die berufliche Ausbildung ist eine große Stärke des deutschen Bildungssystems. Sie ist aber auch ein Modell für den schrumpfenden Teil der Wirtschaft – nämlich für das Handwerk und für die klassische Industrieproduktion. Angesichts dieser ökonomischen Entwicklung verringert sich nicht nur der Bedarf entsprechender Bewerberinnen und Bewerber. Es steigt auch das Risiko, aus einem einmal erlernten Beruf heraus im Verlauf des Erwerbslebens arbeitslos zu werden.

Die von der CDU/FDP-Regierung initiierten Programme haben den ständig steigenden Mangel an betrieblichen Ausbildungsplätzen in Niedersachsen nicht gestoppt. In keinem anderen Bundesland ist die Aussicht auf einen Ausbildungsplatz im dualen System für Schulabgängerinnen und -abgänger so schlecht wie zwischen Ems und Elbe. Nur 37,5 Prozent der Bewerberinnen und Bewerber bekommen auf Anhieb einen betrieblichen Ausbildungsplatz. Gleichzeitig expandiert das sogenannte Übergangssystem stark. Darunter sind alle Maßnahmen und Programme zu verstehen, die außerhalb der regulären Ausbildung stattfinden und bisher zu keinem qualifizierenden beruflichen Abschluss führen.

Wir wollen, dass an die Stelle dieser Warteschleifen Qualifikationsmodule treten, die auf eine Berufsausbildung beziehungsweise auf Teilqualifikationen angerechnet werden und von den



zuständigen Stellen anerkannt sind. Außerdem wollen wir die vollzeitschulische Berufsausbildung ausweiten. Unser Ziel ist es, allen jungen Menschen einen erfolgreichen Berufsabschluss zu ermöglichen.

Die Modularisierung der beruflichen Bildung soll auch die Durchlässigkeit zwischen den Ausbildungsgängen verbessern. Modulare Systeme sind angesichts des immer schnelleren technischen Wandels besser geeignet, flexibel auf die Anforderungen des Arbeitsmarktes zu reagieren. Für diejenigen Jugendlichen, die vom schulischen Lernen nicht mehr erreicht werden, brauchen wir weitere "Produktionsschulen".

GUTES PRAXISBEISPIEL:

PRODUKTIONSSCHULE WERK-STATT-SCHULE IN HANNOVER

In die Produktionsschule gehen berufsschulpflichtige Jugendliche, die ihre Vollzeitschulpflicht in der Regel ohne Schulabschluss beendet haben. Zielgruppe sind jene, die wahrscheinlich kein anderes schulisches Angebot annehmen werden. Die Produktionsschule organisiert das Arbeiten, Lernen und Zusammenleben in einem engen Zusammenhang. Sie strukturiert das praktische und theoretische Lernen durch

die Produktion von Waren und das Anbieten von Dienstleistungen.

Auf dieser Grundlage verfolgt die Werk-statt-Schule folgende Ziele: Gemeinsam entwickeln und vermarkten Jugendliche Produkte und Dienstleistungen. Durch das Herstellen marktfähiger Güter und Dienstleistungen übernehmen die Jugendlichen Verantwortung, so dass Selbstbewusstsein sowie Selbstständigkeit gestärkt werden. Jugendliche können so kontinuierliche berufliche und betriebliche Erfahrungen sammeln, damit sie in Ausbildung und Beschäftigung vermittelt werden können.

Die Zahl der Ausbildungsverträge sinkt dramatisch: Selbst in den Metall- und Elektroberufen ist dieser Trend zu beobachten, obwohl sich die Zahl der offenen Stellen in dieser Branche in den letzten Jahren fast verdoppelt hat. Die Entwicklung dokumentiert ein nachlassendes Interesse der Unternehmen, ihren Fachkräftebedarf durch eigene Ausbildungsanstrengungen zu decken. Auch jene rund vier Fünftel der Unternehmen, die nicht ausbilden und ohne eigene Anstrengungen von der Ausbildung anderer Betriebe oder einer vollzeitschulischen Berufsausbildung profitieren, müssen ihrer Verantwortung für die Berufsausbildung endlich gerecht werden.



Zahllose Appelle an die Wirtschaft, endlich mehr Lehrstellen bereit zu stellen, sind bisher ebenso erfolglos geblieben wie immer neue Ausbildungspakte mit der Wirtschaft.

Deshalb wollen wir für nicht oder unterdurchschnittlich ausbildende Betriebe eine Ausbildungsplatzumlage einführen. Aus den Mitteln der Umlage werden die ausbildenden Betriebe unterstützt und die Ausweitung der vollzeitschulischen Berufsausbildung finanziert.

OFFENE HOCHSCHULE

Im Mittel der OECD-Staaten beginnt mehr als die Hälfte eines Geburtenjahrgangs eine akademische Ausbildung, in Australien, Schweden oder Finnland sind es sogar mehr als 70 Prozent. Deutschland verliert demgegenüber völlig den Anschluss. Nur die Tschechische Republik, Österreich und die Türkei bilden prozentual weniger Akademikerinnen und Akademiker aus.

Scheitern wir hierzulande daran, diesen Anteil beträchtlich zu erhöhen, verschärft sich das Fachkräfteproblem der deutschen Wirtschaft. Das gilt insbesondere in den Ingenieurs- und Naturwissenschaften, wo vor allem auch Frauen fehlen. Damit riskieren wir zugleich unsere wirtschaftliche und innovative Wettbewerbsfähigkeit. Es ist daher notwendig, die Zahl der Hochschulabsolventinnen und -absolventen in Niedersachsen massiv zu erhöhen.

Mehr und bessere Studienplätze

Die Hochschulpolitik des Landes darf nicht länger vom Finanzministerium definiert werden, es braucht vielmehr eine zukunftsweisende Wissenschaftspolitik. Im Rahmen des so genannten Hochschuloptimierungskonzeptes der CDU/FDP-Regierung wurden die verfügbaren Mittel der ohnehin unterfinanzierten Hochschulen um 50 Millionen Euro gekürzt. Die zusätzliche Aufnahme von Studienanfängerinnen und Studienanfängern, die die CDU/FDP-Landesregierung als Umsetzung des mit dem Bund und den anderen Bundesländern vereinbarten Hochschulpaktes plant, reicht bei weitem nicht aus, um den gesellschaftlich und wirtschaftlich notwendigen Ausbau der Studienanfängerplatzkapazitäten zu gewährleisten.

Es darf in Niedersachsen keine Billigvariante beim Ausbau der Studienplatzkapazitäten geben, welche die Studienbedingungen der Studierenden verschlechtert. Dies gilt insbesondere auch bei der Umstellung der Abschlüsse auf Bachelor und Master. Der quantitative Ausbau der Studienplatzkapazität muss auf qualitativ hohem Niveau erfolgen. Die Landesregierung will durch das Absenken der Betreuungsrelation zwischen Lehrenden und Studierenden zusätzliche Kapazitäten schaffen: Dieser Weg führt in eine Sackgasse. Der so genannte Zukunftsvertrag mit den niedersächsischen Hochschulen muss nachgebessert werden. Die Hochschulen brauchen einen Zukunftsvertrag, der diesen Namen auch verdient und Kosten für Energie- und



Bauunterhaltung sowie Lohnkostensteigerungen mit abdeckt. Getragen werden müssen insbesondere die tatsächlichen Belastungen des notwendigen Ausbaus der Studienplatzkapazitäten. Nur so werden die Hochschulen ihre gesellschaftliche und wirtschaftliche Funktion für Niedersachsen entfalten können. Um auch Studium und Lehre zu verbessern, schlagen wir vor, die Erlöse aus allen zukünftigen Veräußerungen von Landesvermögen in einen Bildungsfonds zu überführen. Aus den zukünftigen Zinserträgen des Fonds sollen innovative Hochschulprojekte finanziert werden, welche die Qualität der Lehre und des studentischen Lernens steigern. An der Ausgestaltung des Fonds sollen die Hochschulen mitwirken.

Gebührenfreies Erststudium

Niedersachsen ist Schlusslicht bei der Versorgung der eigenen Landeskinder mit Studienplätzen. Damit exportiert Niedersachsen auch qualifizierte Arbeitsplätze an Hochschulen und reduziert die wirtschaftlichen Entwicklungschancen des Standorts.

Studiengebühren schrecken junge Menschen von der Aufnahme eines Studiums ab. Dies gilt besonders für Jugendliche aus einkommensschwachen und bildungsfernen Schichten, immer häufiger aber auch für Mittelstandsfamilien. Die Option, sich noch vor Einstieg ins Berufsleben zu verschulden, lehnen die meisten verständlicherweise ab. Das unsoziale Kreditangebot

zur Finanzierung des Gebührenmodells wird demzufolge kaum nachgefragt und läuft ins Leere. Wir wollen deshalb das gebührenfreie Erststudium für Bachelor und Master in Niedersachsen wieder einführen. Das BAföG ist dringend an die gestiegenen Lebenshaltungskosten der Studierenden anzupassen. Wir wollen die Durchlässigkeit des Bildungssystems stärken, um mehr Menschen eine Hochschulausbildung zu ermöglichen.

Hochschulen mit Zukunft

Wir wollen disziplin- und fachübergreifende Ansätze in Lehre und Forschung stärken, die mit eigenen Forschungsmethoden und unter Einbeziehung von Praxisakteuren Antworten entwickeln können. So werden Hochschulen und Studierende für die neuen Herausforderungen fit gemacht, Niedersachsen kann ein eigenes Wissenschaftsprofil entwickeln und eine Vorreiterrolle übernehmen.

Im Interesse einer Effizienzsteigerung des Hochschulsystems ist die Autonomie der Hochschulen weiter auszubauen: Berufungsrecht, Bauherreneigenschaft und die strategische Entscheidung über die Ausrichtung sind auf die Hochschulen zu übertragen.

Zugunsten einer Profilierung der niedersächsischen Hochschulen ist die Kooperation und Vernetzung untereinander sowie



zwischen Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen – auch über die Grenzen Niedersachsens – zu forcieren.

Besonders die unzureichende Beteiligung von Frauen an Hochschulen gilt im internationalen Vergleich als ein eklatantes Exzellenzdefizit. Frauen müssen auf allen Ebenen des Wissenschaftsbetriebs, in Leitungspositionen und Fächergruppen, gleichberechtigt vertreten sein. Gleichstellungspolitische Ziele müssen als Teil des Qualitätsmanagements ausgebaut werden und bei der internen Mittelverteilung und den Zielvereinbarungen zwingend berücksichtigt werden.

WEITER BILDEN

Akademische Weiterbildung und lebenslanges Lernen muss zu einer wichtigen Aufgabe der Hochschulen werden, da sich die Anforderungen in der Berufswelt immer rascher verändern und sich Innovationszyklen verkürzen – ganz abgesehen vom allgemeinen technischen Fortschritt.

Auch während oder nach der Berufsphase wird akademische Bildung nachgefragt. Deshalb plädieren wir für ein adäquates Angebot an Master-Studiengängen, Teilzeit-Studiengängen sowie die Zusammenarbeit mit örtlichen Weiterbildungsträgern. Jede Hochschule hat die Chance, Servicefunktionen für das jeweilige lokale Umfeld anzubieten.

Impulse der regionalwirtschaftlichen Entwicklung müssen auch von den akademischen Einrichtungen kommen.

Mit der neuen Förderperiode der Europäischen Union wollen wir Innovationszentren an Hochschulen in allen niedersächsischen Regionen ansiedeln. Es bedarf solcher Cluster, um regionale Entwicklungen anzustoßen.

Auch außerhalb der Hochschulen steigt die Bedeutung der allgemeinen, kulturellen, politischen und beruflichen Erwachsenen- und Weiterbildung. Erwachsenenbildung ist ein zentraler Knotenpunkt im Netzwerk des lebenslangen Lernens. Deshalb sind für jede und jeden erreichbare, flächendeckende Angebote sicherzustellen. Um gesellschaftliche Teilhabe zu erweitern, muss Erwachsenenbildung jederzeit für alle Menschen und gesellschaftlichen Gruppen zugänglich, attraktiv und bezahlbar sein.

Durch den Ausbau der Angebote für den zweiten Bildungsweg und Kurse für Migrantinnen und Migranten kann eine nachhaltige Einbindung ins kulturelle, politische und berufliche Leben unserer Gesellschaft unterstützt werden.

Nach Auflösung der Landeszentrale für politische Bildung muss diese Lücke durch eine verstärkte Förderung der politischen Bildung gefüllt werden – zum Beispiel durch eine institutionelle Absicherung bei den Erwachsenenbildungsträgern und der Agentur für Erwachsenen- und Weiterbildung.



Wir wollen regionale Netzwerke etablieren, in denen sich die Bildungseinrichtungen mit Akteuren aus Wirtschaft, Sozialem und Kultur vernetzen. So werden Angebotsstrukturen verbessert und der Aufbau unabhängiger Bildungsberatungsagenturen erleichtert.

KULTUR FÜR NIEDERSACHSEN

Mehr Sport und Spiel

Niedersachsen braucht bessere Rahmenbedingungen für Sport und Bewegung. Dies gilt besonders für den Breitensport, der die Integration und Gesundheitsprävention stärkt – aber auch für den Wettkampfsport.

Es reicht nicht aus, mit jährlich gerade einmal fünf Millionen Euro nur Sportstättenbau und/oder -sanierung zu fördern, wie es die Landesregierung seit 2007 tut. Vielmehr gilt es auch, etwa das Tischtennisstraining für Kinder oder den Lauftreff für Ältere, das Kreisklassentraining im Fußball oder die Wirbelsäulengymnastik zu fördern.

Das große ehrenamtliche Engagement im Sport sorgt in hohem Maße für die Tragfähigkeit des sozialen Netzes. Die Sportvereine sind Teil des Netzwerks bürgerschaftlichen Engagements.

Einer breit angelegten und gezielten Sportförderung kommt besondere Bedeutung zu, denn unsere Gesellschaft altert.

Und: Weite Teile der Bevölkerung bewegen sich kaum, weder am Arbeitsplatz, noch in der Schule oder in der Freizeit. Gleichzeitig zeigt der Boom im Ausdauer- und Fitnesssport, dass sich Gesundheit als Megatrend im Sport durchsetzt.

Wettkampf- und Spitzensport heißt nicht nur, für Olympia zu trainieren. Sauberer Leistungssport hat auch die Funktion, Menschen zum Sporttreiben zu bewegen. Damit der Leistungssport dieser Funktion auch in Zukunft gerecht werden kann, muss die Förderung junger Sportlerinnen und Sportler verbessert werden. Wir müssen dem Nachwuchs exzellente Voraussetzungen bieten: Erstklassige Trainingsmöglichkeiten, aber auch gute Rahmenbedingungen für die Vorbereitung ihrer beruflichen Zukunft in Schule, Ausbildung und Hochschule. Besondere Förderung verdient der Ausbau des Sportinternats des Landesportbunds.

Mit Wettbewerben beziehungsweise Projektförderung wollen wir Schulen insbesondere im Primarbereich motivieren, den Schulsport zum Kernbereich des Schulalltags zu machen.

Kultur macht stark

Kunst und Kultur machen Orte lebendig und lebenswert! Die Vielfalt der Angebote spiegelt die Vielfalt unseres Landes wider – von der Großstadt bis zur ländlichen Region, vom



Staatstheater bis zur Amateurbühne. Unser Ziel ist es, nicht nur bestehende Projekte und Institutionen zu sichern, sondern auch neue Ideen zu unterstützen.

Wir verstehen Kulturpolitik als Gesellschaftspolitik, die der Entfaltung sozialer und ästhetischer Möglichkeiten aller Bürgerinnen und Bürger dienen muss. Und zwar unabhängig von Alter, Herkunft oder Nationalität. Deshalb bedarf es neuer Modellprojekte, die möglichst vielen Menschen den Zugang zu Kultur öffnen und ihnen ermöglichen, sich aktiv in unsere Kulturlandschaft einzubringen. Kultureinrichtungen müssen sich stärker für neues Publikum, neue Teilnehmerinnen und Teilnehmer öffnen.

Schwarz-Gelb hat sich vor allem als "Streicherorchester" hervorgetan. Ob freie Theater, Kunstvereine, Literaturbüros, Musik- und Kunstschulen, Chöre oder die kulturelle Jugendbildung: Sie alle sind für das niedersächsische Kulturleben unverzichtbar. Wer, wie Schwarz-Gelb, Kulturetats zusammenstreicht, leistet der kulturellen Ödnis Vorschub.

Kulturelle Bildung vermittelt Schlüsselkompetenzen. Sie versetzt Menschen in die Lage, sich angesichts einer Medienüberflutung und kultureller Vielfalt in unserer Gesellschaft zu orientieren.

Deshalb muss kulturelle Bildung bereits im Kindergarten und in der Schule ansetzen. Kooperationen mit Künstlerinnen und Künstlern aller Sparten wollen wir ausbauen. Aber auch jenseits der Schule müssen alle Menschen Angebote der kulturellen Bildung bezahlen und erreichen können.

Kultur braucht Vielfalt

Kultur findet nicht nur in den traditionellen Kultureinrichtungen statt. Wir wollen das fachliche Know-how der freien Kulturszene und der Kulturverbände aller Sparten stärker für die Entwicklung unseres Landes nutzen – von der Soziokultur bis zu den freien Theatern.

Deshalb möchten wir ihnen in großem Umfang Entscheidungen über die Vergabe von Fördermitteln des Landes übertragen. Schwarz-Gelb hat die Kooperation mit der Landesarbeitsgemeinschaft Soziokultur aufgekündigt. Die Kooperation galt bundesweit als erfolgreiches Vorzeigemodell in Sachen eigenständiger Vergabe von Fördermitteln.

Die Entscheidung von Schwarz-Gelb ist beispielhaft für den Rückfall in den alten Staatsdirigismus. Wir wollen stattdessen neue Steuerungs- und Fördermodelle, die Träger freier Kulturarbeit nicht als Bittsteller, sondern als Partner sehen. Diese Partner leisten einen wichtigen Beitrag zur kulturellen Grundversorgung.

Kreativmotor Kultur

Kunst und Kultur haben eine hohe volkswirtschaftliche Bedeutung, die weit über die Rolle als Standort- oder Imagefaktor hinausgeht. Einem Land mit einer spannenden und lebendigen Kulturszene wird es eher gelingen, herausragende Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen zu berufen, Studierende von einer



Hochschule in Niedersachsen zu überzeugen und hochqualifiziertes Personal in den Unternehmen zu halten oder neu zu gewinnen.

Aus all diesen Gründen bedeutet Kulturförderung oft auch Wirtschaftsförderung. Filme oder Musik aus Niedersachsen tragen dazu bei, das Image unseres Landes zu fördern. Vor allem aber sind sie längst auch ein bedeutender Wirtschaftsfaktor. Im Zentrum der Kulturförderung muss aber immer die Kultur stehen. Daher sind wir der Auffassung, dass etwa die Nordmedia bei der Filmförderung endlich ihrer kulturellen Verantwortung gerecht werden muss. Sie sollte künstlerische Qualität unterstützen, statt Mainstream-NDR-Beiträge für das Nachmittags- und Vorabendprogramm zu fördern. Die in Niedersachsen lebenden Medienschaffenden sollen stärker in die geförderten Produktionen einbezogen werden, um mehr Beschäftigungseffekte im Lande zu erreichen.

MEDIENLANDSCHAFT MIT QUALITÄT UND VIELFALT

Im Zeitalter des Internets ist die Flut an Medienangeboten grenzenlos geworden. Dies erfordert vom Konsumenten ein hohes Maß an Medienkompetenz. Zudem gewinnt die Sicherung von Qualität und Vielfalt an Bedeutung.

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk hat einen klaren Programmauftrag, dem er aber nicht mehr ausreichend gerecht wird. Zwar

ist er im Vergleich meist immer noch besser als viele Privatsender. Doch im Kampf um die Quote ist es zu einem fragwürdigen Angleichungsprozess gekommen. Für die Rundfunkgebühren wollen wir gute Qualität – auch jenseits von Mainstream und Quote. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk muss staatsfern bleiben. Wir wollen die Unabhängigkeit der Sender stärken.

Wir wollen den niedersächsischen Bürgerfunk stärken und ausbauen, denn der seinerzeit von der rot-grünen Landesregierung eingeführte Bürgerfunk ist eine Erfolgsgeschichte in Niedersachsen. Oftmals sind die Bürgerfunkerinnen und -funker die einzige Konkurrenz zu den regionalen Monopolzeitungen. Um Informationsvielfalt und Qualität zu sichern, wollen wir die Bürgersender fit machen für die Digitalisierung der Medien. Der Bürgerfunk muss daher zukünftig digital ausgestrahlt werden.

Computerspielsoftware gehört zur Kultur einer digitalen Gesellschaft. Besonders in der Jugendkultur nehmen Computerspiele eine wichtige Rolle ein.

Deshalb ist es wichtig, Jugendlichen und ihren Eltern eine breite Medienkompetenz mit auf den Weg zu geben. Populistische und kaum realisierbare Verbotsforderungen sogenannter Killerspiele sind kontraproduktiv.

Wir fordern stattdessen die Kontrolle der Softwareprodukte zu reformieren. Notwendig ist das Errichten europaweiter und unabhängiger Kontrollorgane, die über eine mögliche Jugendgefährdung entscheiden dürfen.



Die Rundfunkgebühr für internetfähige Computer lehnen wir ab. Fernseher, Radio und PC werden immer weiter verschmelzen. Statt die Rundfunkgebührenpflicht auf alle möglichen Geräte auszuweiten, wollen wir eine allgemeine, geräteunabhängige Mediengebühr für alle Haushalte. Eine solche Mediengebühr wäre unbürokratisch, gerecht und solidarisch.

